



ENGAGIERTE DISKUSSIONEN ZUM MIGRATIONSPAPIER

Konkreter und radikaler!

«Wichtig ist, dass wir innerhalb der Partei eine breite Debatte führen», forderte Marina Carobbio, Vizepräsidentin der SP Schweiz, in der April-Ausgabe des links. Vor rund zwei Monaten also wurde die erste Fassung des umfassenden Positionspapiers zur Migrationspolitik der Parteibasis überwiesen. Den Medien blieb nur die Möglichkeit, ein paar populäre Inhalte herauszugreifen – die Chance, sich wirklich einzubringen, hatten hingegen die Sektionen, Gruppierungen und Kantonalparteien. Auch in den Kantonen Baselland und Basel-Stadt trafen sich Interessierte, nahmen sich das 63 Seiten starke Papier zur Brust, studierten die 25 Feststellungen und die 149 bereits formulierten Forderungen. Danach traf man sich zu engagierten Diskussionen. Kritik – aber auch Lob – waren so vielfältig wie die Zusammensetzung der Gruppen bunt. Viel Beifall erntete das Positionspapier für die Verknüpfung der Migrationsthematik mit der

Wirtschaftspolitik. Dieser direkte Zusammenhang, der von anderen Parteien oft negiert oder verschwiegen wird, ist hier endlich unmissverständlich dargelegt. Eine wichtige Leistung der SP Schweiz! Damit wird auch aufgezeigt, wie klein der Anteil ist, den das Asylwesen an der Einwanderung in die Schweiz hat: gerade mal 2%. In den Diskussionen wurde dennoch deutlich, dass viele Genossinnen und Genossen eine stärkere Gewichtung und ein Neudenken der Asylpolitik im Rahmen des Positionspapiers wünschen.

Was fehlt?

Die Themen «Integration von älteren MigrantInnen» und «Frühförderung» fehlen im Positionspapier praktisch ganz – auch diese dürfen nicht vergessen gehen. Den verwirrenden Paragraphen- und Verfahrensdschungel, auf den MigrantInnen bei einem Einbürgerungsverfahren stossen, gilt es zu lichten und die

Kosten so weit zu dämpfen, dass es für alle finanziell möglich ist, sich einbürgern zu lassen. Kritisiert wurde in den Arbeitsgruppen der SP BL und BS auch, dass die vehemente Forderung nach dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer als zentrale Integrationsmassnahme fehlt. Einige fanden, die von der SP Schweiz formulierten Forderungen blieben allgemein zu vage. So werde der dezidierte Positionsbezug verpasst und das Profil verwässert. Auch im Bereich der Integrationsmassnahmen, die man von der Wirtschaft fordern will, sei Konkretisierungspotenzial vorhanden. Die Diskussionen über die Integration führten zum Teil zu ganz gezielten Überlegungen wie: «Könnte die International School dazu verpflichtet werden, einen Teil des Unterrichts in der jeweiligen Landessprache abzuhalten?» oder «Mit welchen Massnahmen können die Unternehmen die Voraussetzungen für eine

→ Seite 10

© Klaus Rózsa



Von der Migration zur Integration: TeilnehmerInnen an einem Integrationskurs.

→ Seite 9
erfolgreiche Integration verbessern?» Solche Fragen hatten in den Arbeitsgruppen genauso Platz wie Grundsatzdiskussionen: «Jeder Mensch ist gleich viel wert! – wieso kommt diese entscheidende Feststellung aus dem Papier zu wenig heraus? Muss sie überhaupt in diesem Rahmen (erneut) festgehalten werden?», «Ist es nicht unfair, dass von MigrantInnen aus dem EU-Raum nicht die gleichen Integrationsanstrengungen wie von anderen EinwanderInnen gefordert werden?», «Wieso übernimmt die SP Schweiz Begriffe wie «Wirtschaftsflüchtlinge» u.ä. von der politischen Rechten, ohne sie zu überdenken? Wieso formulieren wir nicht visionärer?» – oder: «Gerade bei der Asylthematik übernimmt das Positionspapier in Stil und Denkweise eine Sprache, die von SVP-lastigem Diskurs geprägt ist. Wir müssen einen anderen Stil finden!»

Wie weiter?

Aus den Sitzungen der Arbeitsgruppen heraus haben die SP BS und die SP BL Anträge an die SP Schweiz erarbeitet. Diese fliesen in die Beratung des Papiers im September am Parteitag ein. Andererseits ergaben sich auch Anhaltspunkte, die es auf kan-

tonaler Ebene anzugehen gilt. Konkrete Beispiele dafür sind die Kontrolle der Vollzugsmassnahmen im Asylwesen, die Förderung des genossenschaftlichen Bauens, das Erlassen von Mindestlöhnen oder die Idee, mit Stipendien anstatt Sozialhilfe bessere Voraussetzungen für junge MigrantInnen zu schaffen. Die Kantonalparteien werden solche Themen nun konkret anpacken können. Klar ist: Die lebendig geführten Diskussionen waren nicht nur spannend, sondern auch ergebnisreich.

Wer sich in der SP thematisch engagieren will, findet in unseren Kantonalparteien die Möglichkeit, sich Sachgruppen oder projektbezogenen Arbeitsgruppen anzuschliessen. Die Sekretariate stellen den Kontakt bei Interesse gerne her! info@sp-bl.ch resp. sekretariat@sp-bs.ch

Lisa Mathys

ParteiSekretärin SP BL
und



Sarah Wyss

Co-Präsidentin Sachgruppe
Migration SP BS



UNSER SP-SOMMERFEST STEIGT!

WANN

Freitag, 29. Juni 2012
ab 18 Uhr

ORT

Aktienmühle
Gärtnerstrasse 46
4057 Basel
(Tram 8 bis Wiesenplatz)

GENUSS MIT

Live-Musik
Apéro
Boulespiel & Tischtennis
Grill (Grillfood selber mitnehmen)
Essen und Trinken
Spiele für Kinder
Tanz und Karaoke
Internationale Küche
Weitere Details siehe ab Juni auf:
www.sp-bs.ch



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

PAROLEN

Abstimmungen vom 17. Juni

SP Baselland & SP Basel-Stadt

Nationale Vorlagen

Bausparen II **NEIN**
Volksinitiative «Staatsverträge
vors Volk» **NEIN**
Managed Care **NEIN**

Parolen SP Baselland

Kantonale Vorlagen

Entlastungsrahmengesetz **NEIN**
Reorganisation der Gerichte **JA**
Aufhebung Amtsnotariate **NEIN**
Reorganisation der Bezirks-
schreibereien **NEIN**

Parolen SP Basel-Stadt

Kantonale Vorlage

Unternehmensgewinnsteuer **NEIN**

AGENDA

SP BASELLAND

Sonntag, 17. Juni 2012

**Abstimmungssonntag und
Wahlen diverser Gemeinde-
präsidenten und Schulräte**

Montag, 25. Juni 2012

**Denkfabrik, Thema:
Umgestaltung Lindenplatz**
Saal «Alte Post», Allschwil,
19.30 Uhr

Freitag, 17. August 2012

Grillfest SP Aesch-Pfeffingen

Samstag, 18. August 2012

Grillfest der SP Muttenz

Sonntag, 19. August 2012

Brunch der SP Gelterkinden

siehe Website Sektionen

AGENDA

SP BASEL-STADT

Mittwoch, 6. Juni

a.o. Delegiertenversammlung
Volkshaus, Rebgasse 12,
19.30 Uhr

Samstag, 9. Juni

Div. Unterschriftensammelaktionen
in den QV's (siehe Homepage)

Montag, 11. Juni

Sitzung Parteivorstand
Gewerkschaftshaus,
Grosser Saal, 20 Uhr

Donnerstag, 14. Juni

Sitzung SG Wirtschaft & Finanzen
Gewerkschaftshaus,
Grosser Saal, 20.15 Uhr

Sonntag, 17. Juni

Eidgenössische Abstimmungen

Donnerstag, 21. Juni

Delegiertenversammlung
Volkshaus, Rebgasse 12, 20 Uhr

Samstag, 30. Juni

**Unterschriftensammelaktion
«Erbstiftungssteuerreform»**
Tellplatz, 10 – 16 Uhr
Anmelden bei:
julia.hoppe@sp-bs.ch

Montag, 13. August

Sitzung Parteivorstand
Gewerkschaftshaus,
Grosser Saal, 20 Uhr

INITIATIVE «WOHNEN FÜR ALLE»

Bezahlbarer Wohnraum für Basel

Wohnraum wird in Basel immer knapper. Gerade günstige Wohnungen sind zunehmend schwierig zu finden. Der Leerwohnungsbestand ist in den letzten fünf Jahren um zwei Drittel gesunken. Sowohl die Einwohnerzahl als auch die Pro-Kopf-Wohnfläche sind im Anstieg begriffen, Immobilienspekulationen verschärfen das Problem.

Da Boden ein beschränktes Gut ist, spielt der Markt kaum: Die Mieterinnen und Mieter sitzen am kürzeren Hebel und müssen höhere Mietpreise hinnehmen oder aus der Stadt ziehen. Verhältnisse wie in Genf, Zürich oder Zug, wo Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen mangels bezahlbaren Wohnraums vertrieben werden, sind im bisher günstigen Basel zunehmend Realität geworden.

Um diesen ungesunden Trend zu stoppen, haben JUSO und SP Basel-Stadt die kantonale Volksinitiative «Wohnen für alle» vorbereitet, die an der Delegiertenversammlung vom 7. Juni lanciert wird.

Die Initiative fordert die Gründung einer ge-



meinnützigen Stiftung mit einem Startkapital von 50 Millionen Franken durch den Kanton. Zweck der Stiftung ist es, Wohnraum aufzukaufen und diesen entweder direkt zu vermieten oder an Wohngenossenschaften abzugeben. Das Prinzip der Kostenmiete wird dabei angewendet. Ebenso muss die soziale Durchmischung beachtet werden, primär sollen aber

junge Familien, Auszubildende und Leute mit niedrigen Einkommen günstigen Wohnraum finden. Die Stiftung kann auch im Sinne einer sozialen Nachlassplanung den Mieterinnen und Mietern den Erwerb ihrer Liegenschaften anbieten. Nebst Wohnraum sollen auch bezahlbare Räume für quartierbezogene Kleinbetriebe, Künstlerateliers und kreative Jungunternehmen entstehen.

«Wohnen für alle» hat für die grosse Mehrheit der Bevölkerung nur positive Effekte: Sie entzieht Boden der Spekulation, was die Mietpreisspirale bremst. In Genossenschaften wird durch den gemeinsamen Besitz der Wohninfrastruktur zudem ein Anreiz zur ökologischen Erneuerung des Wohnraums geschaffen und gleichzeitig sichergestellt, dass alle sozialen Schichten sich auch in Zukunft das Wohnen in der Stadt leisten können. Damit steht die Initiative in der Tradition sozialdemokratischer Wohnpolitik.



Lukas Wiss
Vizepräsident JUSO BS
und Mitglied SP BS

GROSSRATSWAHLEN 2012

Wohne, schaffe, läbe – für alle statt für wenige

Basel hat sich erfolgreich entwickelt und bietet ein hohes Mass an Lebensqualität. Damit dies so bleibt und vor allem auch allen zugute kommt, wollen wir die Mehrheit im Grossen Rat anstreben. Gemeinsam schaffen wir das!

Die rot-grün dominierte Regierung hat Basel auf die Erfolgsstrasse gebracht. Die Bevölkerungsabwanderung konnte gestoppt werden, die Finanzen sind im Lot und wichtige Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, öffentlicher Verkehr, sozialer Ausgleich und Stadtentwicklung wurden gesetzt. Unsere Herausforderung in diesen Wahlen ist es, auch im Parlament für eine rotgrüne Mehrheit zu sorgen. Der Erfolg spricht für uns: Unsere Politik ist eine Politik für alle statt für wenige.

Der Erfolg birgt auch Herausforderungen: So kann Zuwanderung Verknappung und Verteuerung des Wohnraums bedeuten. Deshalb wollen wir heute mit der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus die Weichen so stellen, dass in Zukunft alle bezahlbaren Wohnraum finden.

Dasselbe gilt für den Arbeitsmarkt. Basels Erfolg basiert auch auf den qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Damit unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht unter Druck geraten, müssen wir jedoch die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit verstärken.

In Basel leben traditionelle, Patchwork-, Regenbogen- und Einzelternfamilien. Sie sorgen für die Erziehung und Bildung unserer Kinder und für die Pflege unserer Angehörigen bei Krankheit oder Gebrechlichkeit. Alle diese Lebensgemeinschaften verdienen gleichberechtigte Förderung. Mit einer Mehrheit im Grossen Rat kann die SP die Lebensqualität für alle steigern.

Denn wir haben die Antworten auf die Herausforderungen. Gemeinsam können wir die Menschen davon überzeugen. Los geht's und viel Freude dabei!



Pascal Pfister
Vizepräsident SP BS und
Wahlkampfleitung Grossratswahlen

NEU IM SEKRETARIAT



Liebe Genossinnen und Genossen

Mein Name ist Julia Hoppe, ich bin 24 Jahre alt und die neue Praktikantin im Parteisekretariat. Ursprünglich komme ich aus Wuppertal, wohne aber jetzt, durch mein Studium der Ethnologie und Soziologie in Basel bedingt, in Grenzach-Wyhlen. Durch verschiedene Einflüsse wie z.B. meine rote «familiäre Vorbelastung» wuchs mein Interesse an sozialdemokratischen Themen und Fragestellungen, so dass ich mich seit nun mehr als zehn Jahren politisch engagiere. Um zu sehen, ob ich eines meiner Hobbies zum Beruf machen kann, habe ich mich auf die Praktikumsstelle als Parteisekretärin bei der SP Basel-Stadt beworben und kann nach knapp 6 Wochen schon sagen, dass es mir sehr viel Spass macht und ich schon viele neue Eindrücke sammeln konnte. Ich freue mich sehr auf die kommende Zeit und den Wahlkampf mit euch, bis bald!

Julia

NEIN ZUM ENTLASTUNGSRAHMENGESETZ

Bildungsabbau: Nicht mit uns!

Am 17. Juni stimmt der Kanton Basellandschaft über das Entlastungsrahmengesetz ab – nicht über das Entlastungspaket, wie von bürgerlichen Politikern immer wieder behauptet und durch unkritische Berichterstattung verbreitet wird. Das Rahmengesetz vereint lediglich einige Massnahmen aus dem Gesamtpaket, gegen die sich die SP Baselland stellt.

Darin enthalten ist unter anderem die Abschaffung der Berufsvorbereitenden Schule 2 (BVS 2, vormals DMS 2), welche im Landrat kontrovers beraten wurde. Die BVS 2 ist keine Kopie eines anderen Bildungsangebots. Sie ist ausgerichtet auf Schülerinnen und Schüler, die sich erst nach der Sekundarschule für eine anspruchsvollere Ausbildung entscheiden. Die BVS 2 erfüllt damit eine wichtige Aufgabe in Sachen Berufsfindung und Berufsausbildung, was auch vom Landrat mehrmals bestätigt wurde; zuletzt am 10. Dezember 2009, als beschlossen wurde, sie weiterzuführen. In der Vernehmlassung zum Entlastungspaket sprachen sich 92% der Stellungnahmen gegen die Abschaffung der BVS 2 aus – ein deutliches Zeichen! Die Einwände blieben jedoch unbe-



rücksichtigt, die entsprechende Massnahme wurde im Entlastungsrahmengesetz belassen und vom Landrat mit der knappstmöglichen Differenz von einer Stimme gutgeheissen.

Die kantonalen Sparanstrengungen im Bildungsbereich werden auch nach der Abstimmung vom Juni weiterdiskutiert werden. Gleich fünf Initiativen des Komitees Gute Schule Baselland warten in der Pipeline.

- Die Initiative «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der SchülerInnen optimieren», bei welcher es um die Reduzierung der Unter-

richtsverpflichtung um eine Stunde für Klassenlehrkräfte geht.

- Die Initiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere», welche sich für die Kaufmännische Vorbereitungsschule KVS einsetzt.

- Die Gesetzesinitiative «Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren», welche die Schülerzahlen in den Klassen generell senken will und der nun ein Kompromissvorschlag der Regierung gegenübergestellt werden soll.

- Die Initiative «Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen», die die kostenoptimierenden Klasseneinteilungen bekämpft.

- Die Initiative «Ja zur Weiterführung der zweijährigen Berufsvorbereitenden Schule BVS 2», die die Abstimmung zur BVS 2 vom Juni wieder korrigieren könnte.

Sämtliche Initiativen werden wohl im kommenden Herbst zur Abstimmung gelangen.

Christoph Hänggi
ist Landrat
und Vizepräsident
der SP Baselland



ZUR SANIERUNG DER BASELLANDSCHAFTLICHEN PENSIONS KASSE

Sanieren – mit Mass und Solidarität

Die SP Baselland hat in ihrer Vernehmlassung zur Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse Stellung genommen. Dass saniert werden muss, ist weder eine Überraschung noch ein Einzelfall. Das hat mit der schlechten Entwicklung der Finanzlage und der Finanzerträge zu tun, aber auch mit neuen bundesrechtlichen Vorschriften.

Im Baselbiet wird der Sanierungsbedarf zum Anlass genommen, grundlegende Systemänderungen zu vollziehen. So soll vom Leistungsprimat auf das Beitragsprimat umgestellt werden. Die SP hat diesen Wechsel lange diskutiert, weil damit ein Teil des Anlagerisikos auf die Arbeitnehmenden überwältigt wird. Die bisherige Garantie auf eine Rente von 60% des letzten Lohnes bot den Arbeitnehmenden eine hohe Sicherheit. Auf der andern Seite ist nicht

zu übersehen, dass das Beitragsprimat flexibler ist und auf die zunehmende Teilzeitarbeit und Mobilität der Arbeitnehmenden besser eingehen kann. Beim Leistungsprimat hatten Junge und Mitarbeitende mit tiefen Einkommen die Renten der Älteren und jener mit hohem Einkommen mitfinanziert. Eine Änderung dieser Solidaritäten erfordert allerdings gute Besitzstandsregelungen und eine sorgfältige Abwägung der Rechte der Beitragszahlenden und der Rentner/innen.

Die geplante Erhöhung des Rentenalters trägt die SP nur mit, wenn die vorzeitige Pensionierung finanziell so abgesichert wird, dass sich diese auch Mitarbeitende mit kleinen Einkommen leisten können. Hier braucht es markante Verbesserungen. Geplant ist nämlich die Abschaffung der Überbrückungsrente. Das würde dazu führen, dass sich Mitarbeitende mit einem tiefen Einkommen eine vorzeitige Pensionierung nicht mehr leisten können. Zu-

dem soll auch der bisherige Arbeitgeberbeitrag ersatzlos gestrichen werden, der ab 60. Altersjahr für jedes Jahr der vorzeitigen Pension geleistet wurde. Sollten diese Änderungen nicht zu verhindern sein, braucht es Übergangsregelungen für 10 Jahre. Zudem verlangen wir, dass die Sanierung nicht im Verhältnis 50 zu 50 (Arbeitgeber – Arbeitnehmende) finanziert wird. Die Lastenverteilung soll ein Verhältnis von 60 (Arbeitgeber) zu 40 (Arbeitnehmende) aufweisen, so dass Mitarbeitende zwar belastet, aber nicht überbelastet werden.

Regula Meschberger ist Landrätin
und Präsidentin der landrätlichen
Personalkommission

